

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitgliedern erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf, Konfordiastraße Nr. 7. Fernruf Nr. 4423. Telegramme: Textilverband Düsseldorf.

Verlag: Bernh. Olze, Düsseldorf, Konfordiastraße 7. Druck und Versand Joh. van Riken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4592

Zum neuen Jahre!

Was wir im alten Jahr eronnen,
Was ernste Arbeit frau erdacht,
Was wir im alten Jahr begonnen,
Im neuen werde es vollbracht.

Was wir im alten Jahr erzwungen,
Was auch noch heut unser Begehrt,
Wird schon im neuen Jahr errungen,
Sind wir vereint zu Trug und Wehr.

Mitglieder, rechet Euch die Hände,
Ihr tapfern Kämpfer unserer Reihn,
Gelobt Euch an der Jahreswende,
Stets unermüdet tätig zu sein.

Mag uns das Neujahr Segen bringen,
Euch viel es Licht und Freude dar.
Was Ihr erstrebt, soll Euch gelingen,
Für Eure Arbeit froh Vollbringen.
— Und nun: Viel Glück im neuen Jahr!
Grete Silling.

Mutig vorwärts!

Mit dieser Nummer erscheint unser Verbandsorgan in einer Auflage, die die Zahl

100 000

noch übersteigt. Wenn wir einen Blick auf unsere Arbeit zurückwerfen, so müssen wir gestehen, es war zwar mühevoll, aber der Lohn für unsere Arbeit ist nicht ausgeblieben. Wenn sich doch nur alle Mitglieder wenigstens einigermaßen in die Gründungszeit unseres Verbandes hineinleben könnten! Wenn es doch nur gelänge, ihnen die Ueberzeugung zu geben und Opferbereitschaft der ersten Gründungszeit einzupflanzen!

Aber heute stehen wir ja noch vor viel gewaltigerem Gehehen und vor noch viel schwierigeren Aufgaben wie damals. Eine ganz neue Welt gilt es zu zimmern und in einem starken Bau aufzuführen. Da müßten wir verzagen und versagen, wenn wir nicht alles, bis zum letzten Sauch, aus uns herausholen wollten.

Möge das darum der Schwur sein, den jedes einzelne Mitglied des Verbandes jetzt am Beginn des neuen Jahres ablegt: **Stark zu bleiben und fest zu stehen** in den Stürmen, die uns umgeben, auf daß eine bessere Zukunft heraufgeführt werden könne! **Stark und fest**, weil unsere Sache durch Kampf zum Sieg geführt hat und ihre Ueberlegenheit glänzend bewiesen ist.

Sehen wir im neuen Jahre mit **neuer Energie und Tatkraft**, aber auch mit **neuer Begeisterung** ans Werk. Auch diese ist nötig. Sie soll sowohl die jungen als auch die alten Verbandskolleginnen und Kollegen befeelen.

Es gibt nichts Herzerfreuenderes, aber auch nichts, was mehr geeignet ist, alle Hindernisse zu überwinden, als die **hochwogende Begeisterung der Jugend**. Aber — wenn Begeisterung sich schon in der Jugend als unwiderstehlich erweist — wieviel mehr vermag sie erit im Alter zu vollbringen. Nichts wirkt aneifernder bei den eigenen Verbandsmitgliedern und anziehender auf die noch Fernstehenden, als wenn ein alter ergrauter Kollege mit **Jugendlicher Begeisterung** sich für den Verband ins Zeug legt.

So wollen wir denn auch im neuen Jahre an die Arbeit gehen und — **alt und jung** — Kollegin und Kollege — unsere ganze Kraft einsetzen für die **Stärkung und Weiterentwicklung unseres Verbandes**. — In diesem Sinne rufen wir allen Kolleginnen und Kollegen zu:

Herzliches Glückauf im neuen Jahre!

Zentralvorstand und Schriftleitung.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund.

Eine wichtige Umgliederung in der Arbeitnehmerbewegung.

Am 20. November 1918 fanden sich im Lehrervereins-haus zu Berlin die führenden nichtsozialdemokratischen Arbeitnehmerverbände zur Gründung des Deutsch-demokratischen Gewerkschaftsbundes zusammen. Es waren beteiligt die christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, mehrere Verbände der Eisenbahner, sowie fast alle größeren nichtsozialdemokratischen Verbände der kaufmännischen und sonstigen Angestellten. Der Bund sollte in der großen Unsicherheit jener revolutionären Tage den angeschlossenen Gruppen einen stärkeren Halt geben und ihre Mitglieder schützen vor dem vielerorts einsetzenden sozialdemokratischen Terror. Die Zusammenlegung des Bundes aus Verbänden, die sich bis dahin vielfach konkurrierend gegenüberstanden und die nur das Interesse an der Abwehr des sozialdemokratischen Aufsturus gemeinsam hatten, war für den Augenblick gewiß nützlich und notwendig. Auf die Dauer war sie anzureichend gegenüber den gewaltigen Aufgaben, vor die uns die neue Zeit gestellt hat. Mit einer Abwehrstellung, mit der Aufrichtung notdürftiger Dämme gegen die Fluten des zerstörenden materialistischen Zeitgeistes genügen wir den Anforderungen der Stunde bei weitem nicht mehr. Unser Volk, und vor allem unser arbeitendes Volk, muß sich wieder sammeln um große sittliche, staats- und volkserhaltende Ideen. Ein Wiederaufbau unseres Vaterlandes ist weder zu erreichen durch die rein äußerliche Uenderung unserer Wirtschaftsformen noch durch tatenloses, passives Verhalten. Nur aus einem Geiste heraus, der Besseres geben kann, wie die Grundlagen dessen, was zusammengebrochen ist, kann die Erneuerung kommen. Wenn an die Verwirklichung dieser Gedanken mit Nachdruck herangetreten wird, so jagte Minister Stegerwald in einer großen Kölner Versammlung, „dann hat die Revolution einen weltgeschichtlichen Sinn gehabt; wenn nicht, war sie das größte Verbrechen am deutschen Volke.“

Von diesen Erwägungen geleitet haben sich führende Organisationen im nichtsozialdemokratischen Arbeitnehmerlager, die vorbehaltlos auf dem Boden gewerkschaftlicher Arbeitnehmerpolitik stehen, zu einem neuen Deutschen Gewerkschaftsbund mit aufbauenden, positiven Aufgaben zusammengefunden. Der am 22. November ds. Js. in Berlin neu konstituierte Deutsche Gewerkschaftsbund ist nach seinen Satzungen die Zusammenfassung aller Gruppen der Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte und Beamte) zu dem Zwecke:

1. gemeinsame wirtschaftliche und berufliche Interessen wahrzunehmen entsprechend den Bedürfnissen der neueren Entwicklung;
2. die besonderen Interessen der einzelnen Gruppen durch die Gesamtheit der im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Organisationen zu fördern;
3. den unser Volk zersetzenden Materialismus zu überwinden durch die Pflege allgemeiner sittlicher, christlicher und nationaler Gedanken.

Träger des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind die Hauptorganisationen der für die einzelnen Arbeitnehmergruppen bestehenden gewerkschaftlichen Berufsverbände. Die Arbeitergruppe wird vertreten durch den

Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften.

An den ideellen Grundsätzen und an dem jetzigen organisatorischen Aufbau der christlichen Gewerkschaften wird nichts geändert. Der letztere erfährt lediglich eine zweckmäßige Fortentwicklung durch die Beteiligung an dem gemeinsamen Arbeitsfeld der drei großen Arbeitnehmergruppen. Zahlenmäßig genommen stellen die christlichen Gewerkschaften als die Arbeitergruppe den stärksten Anteil im Deutschen Gewerkschaftsbund. Die Befruchtung der Gesamtbewegung durch sie wird abhängig sein von dem Maße der inneren Anlehnung an den neuen gemeinsamen Aufgaben.

Die Angestelltengruppe wird vertreten durch den

Gesamtverband Deutscher Angestellter-Gewerkschaften.

Im Angestelltenlager ist der Aufbau noch nicht so weit fortgeschritten wie bei der Arbeitergruppe. Die kaufmännischen

und die weiblichen Angestellten sind durch starke Verbände vertreten, hinzu kommen einige weitere Verbände für andere Berufsgruppen. Der bisher dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften angeschlossene Reichsverband deutscher Angestellten gibt diejenigen seiner Berufsgruppe, für die innerhalb des Angestellten-Gesamtverbandes schon Verbände vorhanden sind (kaufmännische und weibliche) an diese ab. Die Gruppen der technischen Angestellten werden unverzüglich zu leistungsfähigen selbständigen Organisationen innerhalb des Gesamtverbandes ausgebaut. Am 30. November ist in Essen bereits der Deutsche Techniker-Verband als die Vereinigung der technischen Angestellten und Beamten bei Behörden, in Industrie, Bergbau und Baugewerbe gegründet worden. Die Bildung des Deutschen Werkmeister-Bundes (unter Beteiligung des bisherigen Deutschen Meister-Verbandes in M.-Glabbach) wird in den nächsten Tagen erfolgen. Der bisherige Reichsverband beschränkt sich künftig auf die Erfassung der Büroangestellten. Die drei letztgenannten Verbände werden ihren Sitz in Essen haben. Danach wird sich der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften aus folgenden Organisationen zusammensetzen:

Deutsch-nationaler Handlungsgehilfenverband, Hamburg, Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, Berlin,

Deutscher Beamtenverein, Berlin,

Reichsverband deutscher Gütsbeamten, Berlin,

Deutscher Technikerverband, Essen,

Deutscher Werkmeisterbund, Essen,

Reichsverband deutscher Büroangestellten, Essen.

In den genannten Verbänden sind gegenwärtig rund 400 000 Mitglieder vereinigt.

Der

Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestellter-Gewerkschaften

umfaßt zunächst vornehmlich die Eisenbahnerverbände, die dem früheren Reichsverband der Staatsangestellten angehört haben. Die gewerkschaftlichen Bestrebungen innerhalb der Beamenschaft befinden sich noch im Stadium der Unklarheit und der Lastversuche. Bemerkenswert ist aber jedenfalls, daß von sozialdemokratischer Seite lebhaftere Anstrengungen gemacht werden, um die Organisationsbestrebungen der Beamten in das freigewerkschaftliche Fahrwasser zu leiten. Wenn hier unsererseits vorläufig eine abwartende Stellung eingenommen wird, so erfordert doch die Vorgänge in dieser bedeutungsvollen Arbeitnehmergruppe unsere vollste Aufmerksamkeit.

So ist denn in dem Deutschen Gewerkschaftsbund ein großzügiges und zeitgemäßes Gebilde geschaffen, innerhalb dessen jeder deutsche Arbeiter, Angestellter und Beamte in seiner Berufsorganisation seinen Platz einnehmen kann. In dem Nebeneinander der drei großen Gruppen liegt die Stärke des Ganzen. Die einzelnen Gruppen haben die Möglichkeit, entsprechend ihrer Eigenart und ihren besonderen Aufgaben alle Kräfte zur Entfaltung zu bringen. Dabei ist das Band der Gemeinsamkeit genügend stark, um auch in jedem Falle die gemeinsamen Interessen wachig und geschlossen zur Geltung bringen zu können.

Dem Willen, der den neuen Bund geschaffen, muß jetzt die belebende Tat folgen! Es gilt den Deutschen Gewerkschaftsbund sobald wie möglich lebens- und aktionsfähig zu machen. Gewiß sind die zu lösenden Aufgaben groß und vielfältig. Aber sie können gemeistert werden, wenn alle berufenen Stellen sich ihrer verständnisvoll annehmen. Nach Einrichtung der zentralen Stelle muß überall im Lande die Arbeit einsetzen, um die Einzelgruppen mit den geistigen Grundlagen des Deutschen Gewerkschaftsbundes vertraut zu machen und um sie zusammenzuführen zur Lösung der gemeinsamen praktischen Aufgaben.

Die Stunde ist groß, freudiger Hingabe an die Aufgaben, die sie uns stellt, winkt reicher Lohn. Darum nutzen wir sie!

Der Idealist kann aus einem Funken seines feurigen Geistes leihen, damit wir den Blick für das Ganze nicht verlieren und unsere Aktivitäten nicht isolieren können.
S. van Nieuwen



Der Wiederaufbau Deutschlands.

Das deutsche Wirtschaftsleben blutet aus tausend Wunden. Den Ursachen brauchen wir hier nicht nachzugehen. Es genügt die Tatsache festzustellen. Die Frage ist: wie halten wir nicht nur einen weiteren Rückgang unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit auf, sondern besonders auch, wie kommen wir wieder zu intensiver wirtschaftlicher Tätigkeit, wie erreichen wir es, die Arbeitslosigkeit herabzumindern, die industrielle und landwirtschaftliche Produktion zu heben und unsere Valuta aufzubessern. Die Antwort ist nicht einfach. Wir haben es nicht mehr mit normalen Verhältnissen zu tun wie vor dem Kriege, sondern wir haben all die Nachteile auszustoßen, die der verlorene Weltkrieg im Gefolge hat. Außerdem — und dieses Moment scheint viel zu wenig berücksichtigt zu werden — sind wir nicht mehr unumschränkt Herr im eigenen Lande, sondern unsere Feinde legen uns die verschiedensten Beschränkungen auf. Was sie sich erlauben, beweist der Notenwechsel der letzten Tage und Wochen. Man sollte glauben, auch unsere Feinde hätten ein Interesse an unserem wirtschaftlichen Wiederaufbau. Nach dem Vorgehen in der letzten Zeit scheint es fast, als ob sie ein Interesse an unserem völligen Zusammenbruch hätten.

Trotz alledem müssen wir versuchen, die Schwierigkeiten zu überwinden und wieder zu normalen Verhältnissen zurückzukehren. Vor allem muß dafür gesorgt werden, daß Deutschland wieder zu einem Handelsland wird, d. h. wir müssen Kaufkraft einführen, diese in Deutschland verarbeiten und mit den Produkten nicht nur die einheimische Bevölkerung befriedigen, sondern nach Möglichkeit Fertigfabrikate ausführen, um dadurch wieder Geld ins Land zu bekommen. Leider müssen wir jetzt fast das Umgekehrte erleben. Es werden aus Deutschland Rohprodukte, landwirtschaftliche Produkte und Gegenstände, die wir selbst notwendig in Deutschland gebrauchen, ausgeführt und Genußmittel und Luxusartikel in großen Mengen eingeführt. Das ist nicht Schuld der Regierung, sondern Schuld der in- und ausländischen Schleichhändler, Schmuggler und Spekulanten.

Man redet in letzter Zeit mit Recht von einem großen Ausverkauf, der sich in Deutschland vollzieht. Der Ausverkauf spielt sich in dreifacher Form ab: 1. von ausländischem Kapital werden in Deutschland Grundstücke angekauft, zunächst im besetzten Gebiet, neuerdings aber auch im übrigen Deutschland; 2. Ausländer kaufen Aktienmehrheiten in Deutschland, was besonders bei Kali und anderen Montanindustrien sowie in der Schiffahrt zu beachten ist und 3. gehen durch das sogenannte Loch im Westen Waren der verschiedensten Art nach dem Ausland. Zum Teil werden diese Waren angekauft von Ausländern, die infolge des schlechten Standes der Valuta dafür nur ein Kräftgeld zu bezahlen brauchen, zum Teil werden sie ausgeführt von Deutschen, die diese Manipulation benutzen, ihr Geld über die Grenze zu bringen.

Vorbedingung zur Besserung unseres Wirtschaftslebens ist deshalb die Schließung des Loches im Westen und an anderen Stellen. Mit anderen Worten: unsere

Ein- und Ausfuhr bedarf einer schärferen Regelung. Hierzu sind schon die verschiedensten Vorschläge gemacht worden.

Ein Vorschlag geht dahin, die Inlandspreise dem Weltmarktpreis anzugleichen. Es ist eigentlich falsch, vom Weltmarktpreis zu reden, denn die Preise sind im Ausland im allgemeinen nicht höher wie in Deutschland, wir müssen nur im Auslande das 6-8fache dafür bezahlen, weil unser Geld so sehr entwertet ist. Dem Vorschlag können wir nicht ohne weiteres beitreten. Jedenfalls kann eine plötzliche Angleichung des Inlandspreises an den „Weltmarktpreis“ von keinem Vorteil für Deutschland sein. Denn die Folgen der Erhöhung der Inlandspreise wäre eine Erhöhung der Löhne, Gehälter, Renten, was geradezu zur Katastrophe in unserem Wirtschaftsleben führen könnte.

Arbeit.

Zum Licht empor mit klarem Blick,
Ein Vorwärts streben, nie ein Zurück.
Ein frohes Gessen, kühnes Streben
Und schnelles Handeln auch daneben —
Dann hat das Dasein Zweck und Ziel,
Wer großes will, erreicht auch viel.

Paul Lindenberg.

Ein anderer Vorschlag geht dahin, die gesamte Ausfuhr durch industrielle Selbstverwaltungs-körper (Auzenhandelsstellen) zu überwachen. Das hat etwas für sich, denn dadurch ist die Möglichkeit gegeben, die Waren, die unbedingt im Auslande bleiben müssen festzuhalten, die Preise genau zu berechnen und sie in irgend einer Form den Verhältnissen anzupassen. Aber es ist ein sehr umfangreicher Apparat notwendig, weil zu den wenigen bestehenden Auzenhandelsstellen noch zahlreiche hinzutreten müßten, weil gewisse Waren, besonders die sehr spezialisierten, schwer zu erfassen sind und weil auch keine Sicherheit dafür besteht, daß auch der volle durch den Export zu erzielende Wert dem Auslande zugute kommt.

Ein weiterer Vorschlag geht dahin, Ausfuhrzölle oder Ausfuhrabgaben vom Reich zu erheben; wenn auch Bedenken gegen die Einführung solcher Exportzölle sprechen, so sprechen doch mehr Gründe für die Einführung. Eine Ausfuhrabgabe läßt sich schnell einführen, sie gibt die Sicherheit, daß der erzielte Zweck wenigstens zum Teil erreicht wird. Die Abgabe gibt weiter die Sicherheit, daß der beim Verkauf erzielte Gegenwert nicht im Auslande versteckt wird. Die Ausfuhrabgabe braucht nicht der Industrie, sondern sie kann dem Reich zu gute kommen, das mit der Erhöhung wieder einen Ausgleich (Verbilligungsaktion) herbeiführen kann. Man ist jetzt schon dabei, Zölle für diejenigen Produkte aufzustellen, für die Ein- und Ausfuhrfreiheit besteht. Ganz kann die Ausfuhr nicht unterbunden werden, weil

sie eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit ist. Wir müssen jedoch, wie schon oben angedeutet, hauptsächlich Rohprodukte und Lebensmittel einführen und Fertigwaren, besonders auch Luxuswaren, die mit Rücksicht auf ihren hohen Wert unsere Valuta begünstigen, ausführen.

Voraussetzung ist natürlich angestrenzte Arbeit in Industrie und Landwirtschaft. Es ist bedauerlich, daß es Preise gibt, die unser Wirtschaftsleben absichtlich ruinieren wollen. Die Berliner kommunistische „Rote Fahne“ fordert z. B. die Arbeiter auf, die Produktion zu sabotieren. Die neue Waffe in Anwendung zu bringen bedürfte es keiner weitläufigen Organisation. Für das jetzige Wirtschaftssystem dürfte kein Handschlag gemacht werden. Würde nach diesem Rezept verfahren, dann würde das natürlich den Zusammenbruch unseres Wirtschaftslebens bedeuten, die Arbeiterschaft würde gewiß der leidtragende Teil dabei sein. Rein! Ketten kann uns nur produktive Tätigkeit, angelegte Arbeit, Steigerung unserer landwirtschaftlichen Produktion zur besseren Ernährung unserer Bevölkerung, Steigerung unserer industriellen Produktion für den Warenaustausch und zur Schaffung von Zahlungsmitteln gegenüber dem Auslande, dazu Bekämpfung des Wuchers und Schleichhandels, Regelung unserer Ein- und Ausfuhr. Diese Ziele heißt es zu fördern, wenn wir die Wunden unseres Wirtschaftslebens wieder heilen wollen. Tr.

Allgemeine Rundschau.

Wohnungsnot und Wohnungsrationierung.

Zu diesen brennend gewordenen Fragen erhalten wir von einem Kollegen eine längere Zuschrift, die wir infolge Raummangels nur sinngemäß wiedergeben können:

„Wenn auch in der gegenwärtigen Zeit die Wohnungsnot eines der größten Uebel darstellt, so sollte doch von den Behörden darauf gesehen werden, daß kinderreiche Arbeiterfamilien nicht willkürlich zusammengepfercht werden, zumal, wenn noch genügend Räume freigegeben werden können. Wenn einem Arbeiter mit sechs Kindern von seinen vier Wohnräumen, einschließlich der Küche, noch ein Zimmer zugeordnet werden soll, so ist das augenfällig eine Härte, die sehr wohl vermieden werden könnte. Für einen Arbeiter mit sechs Kindern und Frau sind doch wahrlich vier Zimmer nicht zuviel. Erst recht nicht, wenn es sich um heranzwachsende Söhne und Töchter handelt, die doch getrennt schlafen müssen. Wenn in unserer Gemeinde gleichmäßig und gerecht rationiert würde, dann würde durch die Rationierung niemanden sichtbar wehe getan werden. Eine offensibare Ungerechtigkeit muß aber darin erblickt werden, wenn man einer achtköpfigen Arbeiterfamilie das dringend benötigte vierte Zimmer nimmt und in derselben Gemeinde Nichtarbeiterfamilien von der Rationierung verschont bleiben, obschon diese noch ganze Familien bei sich unterbringen können, ohne sich selbst erheblich einschränken zu müssen. Durch ein solches Rationierungssystem wird die Arbeitsfreudigkeit wahrhaftig nicht gefördert.“ S. D.

Von Sonne und Schönheit.

Hab Sonne im Herzen,
Ob's stürmt oder schneit,
Ob der Himmel voll Wolken,
Die Erde voll Streit.
Hab Sonne im Herzen,
Dann komme, was mag:
Das leuchtet voll Licht dir
Den dunkelsten Tag!

Hab ein Lied auf den Lippen
Mit frohlichem Klang,
Und mocht auch des Alltags
Gebränge dich bang.
Hab ein Lied auf den Lippen,
Dann komme, was mag:
Das hilft dir verwunden
Den einsamsten Tag!

Hab ein Wort auch für andere
In Sorg und in Pein,
Und sag, was dich selber
So frohgemut läßt sein:
Hab ein Wort auf den Lippen,
Dann komm, was dich mag,
Hab Sonne im Herzen,
Und alles wird gut!

E. Fleißler.

Hab Sonne im Herzen.

Ich sitze nochmals den Eingangssatz obigen Gedichtes. Warum? Weil es mir zu oft gesprochen werden kann, wie zu oft in Erinnerung gebracht wird. Ein sonniges, frohes Herz trägt auch allem ein gutes Wort auf den Lippen und ein zufriedenes Gesicht. Wir wissen doch selbst, wie sehr es darauf ankommt — wie es überall zur Entschleunigung mancher Lastigkeiten und Beschleunigung heißt: „Er ist verstimmt, ist nervös, so war er früher nicht.“ In keiner Zeit gab es mehr Abgüte und Mitleid zu überbrücken, war Herrschaft, Egoismus, Herzlosigkeit und Ziellosigkeit stärker ausgeprägt als jetzt. Sagt selbst: Ist nicht jeder froh, wenn ihn keiner hindert, keine Fragen, keine Hürden stellt? Braucht nicht jeder schließlich seine Illusionen und Trübsal nicht andere beizugehen? Sacht nicht jeder sich auf den, der etwas besser gelaunet geht, selbst wenn er den Kruggenossen ist, wenn er nur etwas auf sein Neugier hat? Die wenige sind es, die mit einer fremden Person nicht wärmen, wenn man sie auch nur um den Wege fragt. Von einer Klippe auf Frauen in Straßen und Ecken haben gar nicht zu reden. Jeder Anfang behauptet seinen Platz. Will man selbst tatsächlich fremdlich, unangenehm sein, selbst dann nicht man noch auf

Wie einsam und kalt ist die Empfindung, so wenig Gemeinschaftsgefühl im Volk zu finden. Wie wenig bemüht man sich um das gegenseitige Verstehen!

Der Krieg soll die größte Schuld an den Dingen tragen, soll den Liebesbegriff so verflacht und entleert haben. Hatte denn der Weltfriede und Egoismus nicht schon vor dem Kriege seine Gefährlichkeit?

Diesem Zeitgeist muß eine Schranke gesetzt werden. Es ist genug damit, fragen wir bei uns an. Ein wirkliches Gemeinschaftsleben im schönsten Sinne des Wortes tut uns bitter not. Und es ist an den Lippen unseres Vaterlandes nicht eher zu denken, bis wir uns selbst, unser echt deutsches Herz wiedergefunden haben. Wir alle wollen ein Gemeinschaftsleben. Wohler! Das wäre nur eine der alten Ideale der Gewerkschaftsbewegung erneuert. Unser Verbandsorgan muß uns immer wieder zu: Zurück zum Idealismus der Gründungszeit. Es gibt noch Idealismus, es gibt noch Liebe im schönsten Sinne. Liebe ist Hingabe, ist Opferbereitschaft.

Tausend Fäden sind zerissen, tausende Wege in Beziehungen von Person zu Person verflüchtigt im Familienleben, im Staatsleben. Sagten vor Stunden, räumen wir den Schutz weg vor unserer Vergangenheit, damit es wieder Licht und Sonnig in uns werde. Denn Sonne brauchen wir alle.

Chr. S.

Industrie, Bildungswesen und Wiederaufbau.

Wenn im Kriege von Seiten des Auslandes, namentlich Frankreichs und Englands, den dortigen Industriellen und Betriebsleitern immer wieder die wissenschaftlich-technische Ueberlegenheit der deutschen Konkurrenz entgegengehoben und als nachahmenswerter Beispiel hingestellt werden ist, so wird dadurch den selbst unser Blick auf den großen Rapsen des Bildungswesens, sowohl des allgemeinen wie des fachlichen, für unser industrielle, wirtschaftliche und politische Zukunft hingelenkt. In der angelegentlichsten Förderung derselben müssen alle bestmögliche Kräfte zusammenwirken, zumal wir in unserer organisierten Arbeit und unserer wissenschaftlich-technischen Begabung ein Kapital besitzen, das uns niemand nehmen kann, das bei weiterer angestrengter sorgfältiger Kapitalarbeit für uns von unermesslichem Wert ist. Der Träger des technischen Fortschritts ist in letzter Linie nicht die Maschine, sondern der Mensch. In seinen Rufungen sind die Aufgaben der Technik, der Ingenieur- und Professorentätigkeit mit Recht hervor, daß die oft gehörte Behauptung, daß die Technik den Menschen überflüssig mache, daß sie ihn zur Maschine herabdrücke, grundfalsch und durch die Tatsache widerlegt ist, daß wir innerhalb unserer Industrie ohne den hochgebildeten Qualitätsarbeiter nicht auskommen können. Von Leuten und Ingenieuren bis zum Arbeiter brauchen wir alle Kräfte. Deshalb gehört zu den wichtigsten

Kapiteln, die über den Wiederaufbau zu handeln haben, die Frage, wie man diese Kräfte planmäßig heranzubildet und wie man dafür sorgen kann, daß sie, an den richtigen Platz gestellt, mit dem größten Wirkungsgrad ihre Arbeit verrichten können.

Mit Genehmigung können wir heute auch in unserm Unglück darauf zurückblicken, daß wir schon frühzeitig gelernt haben, unser gesamtes Schulwesen auf die aufsteigenden Bedürfnisse unserer Industrie und unseres gesamten Wirtschaftslebens einzustellen. War allerdings bis in die 70er Jahre hinein die Ausbildung der Beamten und Arbeiter vor allem durch die technischen Erfahrungen der Betriebe selbst und die Anleitung durch ältere Betriebsleiter oder auch vielfach noch ausländische Ingenieure vor sich gegangen, so begann seitdem auch das technische Schulwesen allenthalben sich kräftig zu regen. Bis zu dieser Zeit hatten allerdings die vielen, zum Teil schon aus dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts stammenden technischen Vereine den Industriebeamten und Unternehmern mancherlei Anregungen und Anleitungen gegeben. Doch konnte das alles nicht ausreichen, wollte man auch in Deutschland zu einer völligen selbständigen Beherrschung der modern-technischen und organisatorischen Betriebsmittel gelangen.

Aus diesen Erfordernissen heraus vollzog sich allmählich die Eingliederung modern-naturwissenschaftlicher Kenntnisse in den Unterrichtsbetrieb des gesamten Schulwesens. Nicht bloß etwa die Ausbildung des technischen Schulwesens hat die deutsche Industrie in dieser Zeit gefördert, sondern vor allem auch der Umstand, daß auch in die alt-hergebrachten Schulsysteme, vor allem der Mittelschulen, die Grundzüge naturwissenschaftlichen, physikalischen und chemischen Wissens eingegliedert wurden. Das allein schon gab der Industrieentwicklung insofern einen größeren Rückhalt, als man für alle, die sich weiterhin auf diesem Gebiete betätigen wollten, wenigstens die Grundlagen moderner Naturwissenschaftlichkeit durch die Schulen bereits gegeben waren. Parallel mit dieser Eingliederung naturwissenschaftlicher Lehrfächer in die alten Schulsysteme vollzog sich die Ausbildung neuer. Dahin gehören zunächst die Versuche, die alten Schulformen den neuen Verhältnissen entsprechend zu größerer Betonung der modernen Anforderungen des Wirtschaftslebens umzubauen. Aus dieser Bestrebungen erwachsen die sog. realen Schularten. Neben diesen und bald über diese hinaus entwickelte sich das technisch-industrielle Fachschulwesen allmählich auf immer breiterer Grundlage. Zunächst sind es allgemeine industriell angelegene Schulen, anfänglich privater Natur, wie die vielerlei sog. Industrieschulen, die ihre Schüler ganz im allgemeinen auf die besonderen Verhältnisse des modernen Industrie- und Gewerbetreibens vorzubereiten suchten. In ähnlicher Weise waren auch die Anfänge der Polytechniken, technischen Akademien und technischen Hochschulen eingerichtet, die in dieser Zeit allmählich entstanden und zu einer größeren Vollkommenheit heranzuwachsen. Dabei will es scheinen, als ob das Schulwesen mehr und mehr nur der Einführung in die Grundlagen technischer Kenntnisse zu dienen hätte und ebenso auch der Übung in der Beherrschung der technischen Erzeugnisse in ihrem ausgedehnten Umfang, während die

Die hier geschilderten Vorkommnisse beweisen erneut, das wir Arbeiter alles daransetzen müssen, um noch mehr und noch größeren Einfluß in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen zu erlangen.

„Nationale“ Arbeitgeber.

In der Hauptversammlung der Arbeitgeberverbände von Mainz und Wiesbaden und Umgebung hielt Dr. Brehm einen Vortrag über die Gesetzgebung seit der Revolution und ihren Einfluß auf Handel und Industrie.

Gegen den Mietwucher.

Nach der Reichsverordnung gegen den Wucher bei Vermietung von Mieträumen vom 31. Juli 1919 wird mit Geldstrafe bis zu 10000 M. bestraft, wer sich für den Nachweis oder die Vermittlung von Mieträumen vom Mieter Vermögensvorteile verschaffen oder gewähren läßt.

Reichsschuhverförgung G. m. b. H.

Seit Aufhebung der Lederzwangswirtschaft trat eine unerhörte Teuerung für Häute, Leder und Schuhwerk ein. Letzteres wird in nächster Zeit noch ganz bedeutend im Preise steigen.

Organisation.

Aus dem Kleinsten setzt sich Großes zusammen zuletzt, Und kein darf fehlen von allen, Wenn nicht das Ganze soll fallen.

Leipzigerstraße 123, melden und dann nach einem Schlüssel, aus der nächstgelegenen Fabrik die Ware zuerteilt erhalten. Aufgabe unserer Kollegen wird es sein, in den Gemeinden Einfluß in den entsprechenden Kommissionen zu gewinnen.

Aus unserer Industrie.

Besserung der Rohstoff-Beschaffung im deutschen Textilgewerbe.

Die Möglichkeit für das deutsche Wollgewerbe, sich Rohstoffe zu beschaffen, hat sich in der letzten Zeit gebessert. Aus England, Frankreich und Belgien fliegen für Wollen, stammzüge und Kämmerlinge, ebenso in Wollabfällen mehr Angebote, allerdings zu sehr hohen Preisen vor.

Die Einführung der internationalen metrischen Garnnummerierung.

Die Angelegenheit der Einführung einer internationalen metrischen Garnnummerierung ist durch den Krieg ins Stocken geraten. Der Hauptgegner war bisher die englische Textilindustrie.

stand überwunden und selbst Rußland sich für das metrische System erklärt hat, soll im Jahre 1920 ein internationaler Kongreß der Beteiligten stattfinden, um die Einführung der internationalen metrischen Garnnummerierung endgültig zu beschließen.

Aus unserer Bewegung.

Wie muß unsere Mitarbeit im Verbands beschaffen sein?

Sie muß sein: Wie ein aus der Tiefe des Berges sprudelnder Quell; sie darf nie verjagen und muß immer neue Möglichkeiten ausfindig machen.

Sie muß sein: Wie die Tätigkeit der Ameise: unermülich und alle Schwierigkeiten überwindend.

Sie muß sein: Wie das Gewebe einer Spinne: sie muß ihre Netze nach allen Richtungen hin ausspannen bis in den entlegensten Winkel; sie muß aber auch wieder dafür sorgen, daß die Fäden alle in einem Punkt zusammenlaufen.

Sie muß sein: Wie die Wurzeln eines Baumes, die dem Stamme und der Krone aus allen erreichbaren Quellen neue Nahrung zuführen.

Sie muß sein: Wie die Tätigkeit der Kundschafter im Kriege, von deren gewandter und geschickter Aufklärungsarbeit zum großen Teil die Ueberwindung des Gegners abhängt.

Sie muß sein: Wie die Arbeit der Biene, die aus allen Blüten Honig saugt, die, von der Leere der einen Blüte nicht entmutigt, immer wieder neue aussucht und in Hunderten von Flügen den Honig zusammenträgt.

Sie muß sein: Wie die Tätigkeit der Schule, in der nach einem bestimmten Lehrplan unterrichtet wird und deren Erfolge durch die in regelmäßigen Zusammenkünften erteilten einheitlichen Unterweisungen der Lehrkräfte durch die höheren Unterrichtsleiter gewährleistet werden.

Wenn unsere Mitarbeit in der Berufsorganisation nach diesen Gesichtspunkten ausgeübt wird, können und werden die Erfolge nicht ausbleiben.

Aus der internationalen Textilarbeiterbewegung.

Schuldsan i Böhmen. Die Generalversammlung am 30. November war gut besucht. Obmann Kollege Hofstet konnte auf eine sprunghafte Entwicklung unserer Ortsgruppe hinweisen, die sich von etwa 30 Mitgliedern in einem halben Jahre auf 700 emporgeschoben hat, was zur Folge hatte, daß wir für Böhmen die Verbandsleitung mit Kollegen Krager nach Schudsan bekommen haben.

Führung in der Weiterbildung der technischen Methoden mehr und mehr die praktischen Betriebe selbst übernehmen. Dadurch nämlich, daß sie sich innerhalb der Betriebsfähigkeit eine technologische oder auch physikalische und chemische Forschung mit Hilfe besonderer Einrichtungen angliedern.

Auf den bewährten Bahnen unseres industriellen Bildungswesens ist nunmehr mit allem Eifer fortzufahren. Das Fortbildungs- wie Fach- und Hochschulwesen muß in gleicher Weise unsere Sorge umfassen. Von einer zeitgemäßen Gestaltung des Hochschulwesens meinte auf der Generalversammlung des Vereins der deutschen Eisen- und Hüttenleute im Mai dessen Vorsitzender Generaldirektor Dr. Höger:

Ist die Wohnungs-Rationierung verfassungswidrig?

Von Wilhelm Dragard, Bremen.

Das Landgericht Bremen hat am 29. Oktober 1919 folgenden Urteil erlassen (D I 126/19):

Dem Staat Bremen wird aufgegeben, bei Weidung einer Strafe von 1500 M. für jeden Fall der Zuwiderhandlung, daß er jeden Eingriff in die Eigentums- und Wohnungsrechte des Rätgers auf Grund der Bremer Verordnungen, betreffend Beschaffung von Wohnungen, unterläßt.

In den Urteilsgründen heißt es: Die Wohnungsrationierung ist eine Enteignung. Nach der Reichsverfassung, Artikel 153, ist Enteignung gegen angemessene Entschädigung statthaft. Auch muß der ordentliche Rechtsweg vorbehalten sein. Die Wohnungsrationierung des Bundesrats, so heißt es weiter, übertrage die Entscheidung über die Festsetzung der Miete dem Mietnigungsamt, also einem Gericht.

Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Der Staat Bremen hat Berufung eingelegt. Demnach ist der Streit also vor das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg

In Preußen könnte die Klage nur beim Bezirksauschuß, aber nicht bei den ordentlichen Gerichten anhängig gemacht werden (vergl. PrL. Wohnungsgefeß Artikel 6, § 3). Die Hansestädte aber haben keine Verwaltungsgerichte.

Das Urteil hat Rechtsunsicherheit und Beunruhigung hervorgerufen. Das ist indes unbegründet. Die Wohnungsrationierung ist nicht verfassungswidrig.

Die neue Reichsverfassung sagt in Artikel 153: „Das Eigentum wird von der Verfassung geschützt. Sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen.“ Das Eigentum ist also ein Grundrecht. Die Grundrechte der Verfassung haben die Bedeutung, festzulegen, daß die Verwaltung gesetzlich sein muß. Es ist der Grundgedanke des Rechtsstaates, der in ihnen zum Ausdruck kommt. Bietet aber das Grundrecht des Eigentums reicht, darüber sagt die Verfassung nur: seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen. Die Gesetze sind das geltende Bürgerliche und Verwaltungsrecht. Jedes ist jede Rechtsnorm, also auch Verordnungen. Das Bürgerliche Gesetzbuch sagt in § 903: Der Eigentümer einer Sache kann, soweit nicht das Gesetz entgegensteht, mit der Sache nach Belieben verfahren und andere von jeder Einwirkung ausschließen. Die Reichsverfassung sagt in Artikel 178, Abs. 3: Anordnungen der Behörden, die auf Grund bisheriger Gesetze in rechtmäßiger Weise getroffen waren, behalten ihre Gültigkeit bis zur Aufhebung im Wege anderweitiger Anordnung oder Gesetzgebung.

Eine solche rechtmäßige Anordnung ist die Rationierungsverordnung. Nach § 9 der Bundesratsverordnung kann die Landeszentralbehörde die Gemeinde, auch zu anderen als den in den §§ 2 bis 5 bezeichneten Anordnungen ermächtigen.“ Das ist gemäß einem Erlaß des Staatskommissars für das Wohnwesen vom 27. August 1919, Biffer 1, geschieht. Hiernach können entbehrliche Teile übergrößer Wohnungen, wenn der Inhaber sie nicht freiwillig vermiietet, zwangsweise, aber unter Vermittlung des Mietnigungsamtes, vermietet werden. Die Bundesratsverordnung selber stützt sich auf das Reichsgesetz vom 4. August 1914. Selbst das Bremer Urteil erklärt die Bundesratsverordnung nicht für ungültig, sondern nur einen Teil der Bremer Verordnung, und zwar deshalb vor allem, weil nicht das Mietnigungsamt, sondern ein städtischer Ausschuß die Miete festsetzt. In den Preussischen Rationierungsverordnungen dagegen behält das Mietnigungsamt seine Zuständigkeit.

Rechtssirrig ist die Ausführung des Bremer Urteils, es liege eine Enteignung von Grundeigentum vor. Enteignung ist Entziehung des Eigentums oder Belastung des Eigentums mit einem grundbesitzlichen Rechte. Wie gezeigt, liegt aber lediglich eine Beschränkung des Eigentums auf Grund der Verordnung vor. Solche Beschränkungen sind auf Grund der Kriegsverordnungen in mannigfaltiger Weise eingetreten. Nach heute besteht in den besetzten Gebieten die Quartierlast. Bei allen diesen Beschränkungen werden die Befugnisse der Staatsgewalt erweitert und die Befugnisse des Eigentümers eingeschränkt.

Aber selbst wenn man Enteignung annähme, bliebe die Verordnung rechtmäßig. Die Reichsverfassung sagt in Artikel 153, Abs. 2: Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfalle der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offenzuhalten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen. — Die gesetzliche Grundlage, nämlich eine gültige Anordnung, ist gegeben. Ob keine Entschädigung gewährt wird, und ob der Rechtsweg offenzuhalten ist, richtet sich, wie Artikel 153 sagt, lediglich nach den Reichsgesetzen. Da die Rationierungsverordnungen in diesem Sinne ein Reichsgesetz sind und außerdem gemäß Artikel 178 (siehe oben) ausdrücklich aufrecht erhalten werden, so bestimmt eben ein Reichsgesetz etwas anderes.

Eine andere Frage ist, ob trotz der Rechtmäßigkeit des Rationierungseingriffs eine Entschädigungspflicht der Behörden besteht. Das richtet sich nach § 75 Einleitung Allgemeines Landrecht: „Dagegen ist der Staat denjenigen, welcher seine besonderen Rechte und Vorteile dem Wohle des gemeinen Wesens aufzuopfern genötigt wird, zu entschädigen.“ In Rheinland gilt der entsprechende Artikel 545 code civil.

Das Wohnungsamt kann nur die Vermietung der entbehrlichen Teile übergrößer Wohnungen verlangen. Die Herrichtung dieser Räume zu Wohnungen ist Sache der Behörden.

